

Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss)

zu den Überprüfungsverfahren nach § 44c Absatz 1 des Abgeordnetengesetzes Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

I. Überweisung

Auch in der 18. Wahlperiode überprüft der 1. Ausschuss Mitglieder des Deutschen Bundestages auf der Grundlage des § 44c des Abgeordnetengesetzes (AbgG) (siehe Anlage 1) auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR. Dieser Vorschrift liegt der Gedanke zugrunde, dass grundsätzlich jedes Mitglied des Bundestages selbst entscheiden soll, ob es sich auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR überprüfen lassen will. Dementsprechend bestimmt § 44c Absatz 1 AbgG als Regelfall, dass solche Überprüfungen nur auf einen entsprechenden Antrag des jeweiligen Mitglieds des Deutschen Bundestages durchgeführt werden. Lediglich dann, wenn der 1. Ausschuss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder das Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten für den Verdacht einer Stasi-Verstrickung feststellt, erfolgt die Überprüfung gemäß § 44c Absatz 2 AbgG auch ohne Zustimmung des betroffenen Mitglieds.

Die gesetzliche Regelung wird durch die vom Plenum beschlossenen „Richtlinien zur Überprüfung auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ (siehe Anlage 2) sowie die vom 1. Ausschuss beschlossene „Absprache zur Durchführung der Richtlinien gemäß § 44c AbgG“ (siehe Anlage 3) ergänzt. Für die 18. Wahlperiode hat der Deutsche Bundestag die Richtlinien in seiner 1. Sitzung am 22. Oktober 2013 übernommen (Drucksache 18/1); der 1. Ausschuss hat die Absprache in seiner 2. Sitzung am 30. Januar 2014 erneut in Kraft gesetzt (vgl. Amtliche Bekanntmachung des Präsidenten vom 2. April 2014). Zur Entwicklungsgeschichte der für das Überprüfungsverfahren maßgeblichen Rechts- und Verfahrensvorschriften vgl. u. a. den Bericht des 1. Ausschusses auf Bundestagsdrucksache 14/3228.

II. Ergebnisse

In der 18. Wahlperiode haben 188 Mitglieder des Deutschen Bundestages eine Überprüfung auf eine mögliche Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR beantragt. Gemäß den Richtlinien ist der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu jedem Einzelfall um Mitteilung von Erkenntnissen aus seinen Unterlagen gebeten worden. Zwei Mitglieder sind mittlerweile aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden und bleiben daher im Folgenden unberücksichtigt.

Die Überprüfungsverfahren haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

In 22 Fällen wurde keine Überprüfung vorgenommen, da die Betroffenen zum maßgeblichen Zeitpunkt minderjährig waren. Nach den §§ 20, 21 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe b des Stasi-Unterlagen-Gesetzes dürfen entsprechende Unterlagen nur insoweit verwendet werden, als es sich nicht um Tätigkeiten für den Staatssicherheitsdienst vor Vollendung des 18. Lebensjahres handelt. Dabei wird auf den Zeitpunkt der Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit am 12. Januar 1990 abgestellt. Der Ausschuss hat beschlossen, die Namen der Betroffenen in diesem Bericht nicht aufzuführen.

In den verbliebenen 164 Fällen war eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (Nummer 6 der Absprache – Feststellungskriterien – in Verbindung mit § 6 Absatz 4 Nummer 1 und 2 StUG) nicht festzustellen.

Von den überprüften Mitgliedern des Bundestages erklärten 161, dass sie in diesem Bericht mit einer namentlichen Erwähnung einverstanden sind (vgl. Anlage 4); drei Abgeordnete wünschten dies nicht.

Berlin, den 22. Juni 2017

**Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität
und Geschäftsordnung**

Dr. Johann Wadephul
(Vorsitzender)

Anlage 1

§ 44c Abgeordnetengesetz (AbgG)**Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für
das Ministerium für Staatssicherheit / Amt für Nationale Si-
cherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**

(1) Mitglieder des Bundestages können beim Präsidenten schriftlich die Überprüfung auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit oder politische Verantwortung für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik beantragen.

(2) Eine Überprüfung findet ohne Zustimmung statt, wenn der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung das Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten für den Verdacht einer solchen Tätigkeit oder Verantwortung festgestellt hat.

(3) Das Verfahren wird in den Fällen der Absätze 1 und 2 vom Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung durchgeführt.

(4) Das Verfahren zur Feststellung einer Tätigkeit oder Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik legt der Deutsche Bundestag in Richtlinien fest.

Anlage 2**Richtlinien zur Überprüfung auf eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Dezember 1991 (BGBl. 1992 I S. 76), zuletzt geändert durch Beschluss vom 18. Oktober 2005, Bekanntmachung vom 21. Oktober 2005, BGBl. 2005 I S. 3094), für die 18. Wahlperiode in der 1. Sitzung des Deutschen Bundestages am 22. Oktober 2013 übernommen**

Gemäß § 44c des Abgeordnetengesetzes werden die folgenden Richtlinien erlassen:

1. Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuss) ist zuständig für Überprüfungen gemäß § 44c des Abgeordnetengesetzes.

Dem 1. Ausschuss sind die Mitteilungen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Bundesbeauftragter) und sonstige Unterlagen zur Überprüfung eines Mitgliedes des Bundestages unmittelbar zuzuleiten.

Er kann aus seiner Mitte Mitglieder mit der Durchsicht von Unterlagen beauftragen.

Entscheidungen nach § 44c Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes, Entscheidungen über Ersuchen um zusätzliche Auskünfte des Bundesbeauftragten und Entscheidungen zur Feststellung des Prüfungsergebnisses trifft der 1. Ausschuss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder.

2. Das betroffene Mitglied kann Einsicht in die beim 1. Ausschuss befindlichen Unterlagen verlangen. Es kann sich einer Vertrauensperson bedienen.

Im Übrigen dürfen Einsicht in die zu den Überprüfungsverfahren geführten Akten des 1. Ausschusses nur die Ausschussmitglieder sowie die mit der Bearbeitung der Vorgänge befassten Sekretariatsmitarbeiter nehmen.

Bei den Beratungen des 1. Ausschusses zu den Überprüfungsverfahren ist das Zutrittsrecht für Mitglieder des Bundestages auf die ordentlichen Ausschussmitglieder und deren Stellvertreter beschränkt. Der 1. Ausschuss kann im Einzelfall Ausnahmen beschließen.

3. Der Präsident des Bundestages ersucht den Bundesbeauftragten um Mitteilung von

Erkenntnissen aus seinen Unterlagen über ein Mitglied des Bundestages und um Akteneinsicht, falls dieses Mitglied des Bundestages es verlangt.

Er ersucht den Bundesbeauftragten auch, falls der 1. Ausschuss konkrete Anhaltspunkte für den Verdacht einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit oder politischen Verantwortung eines Mitgliedes des Bundestages für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik festgestellt hat.

Das Mitglied des Bundestages ist über das Ersuchen in Kenntnis zu setzen.

4. Der 1. Ausschuss trifft auf Grund der Mitteilungen des Bundesbeauftragten und auf Grund sonstiger ihm zugeleiteter oder von ihm beigezogener Unterlagen die Feststellung, ob eine hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeit oder eine politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit (MfS/AfNS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen anzusehen ist.
5. Vor Abschluss der Feststellungen gemäß Nummer 4 sind die Tatsachen dem betroffenen Mitglied des Bundestages zu eröffnen und mit ihm zu erörtern.

Der Vorsitzende des 1. Ausschusses unterrichtet den Präsidenten des Bundestages und den Vorsitzenden derjenigen Fraktion oder Gruppe, der das betroffene Mitglied des Bundestages angehört, über die beabsichtigte Feststellung des 1. Ausschusses.

6. Die Feststellung des 1. Ausschusses über ein Mitglied des Bundestages wird unter Angabe der wesentlichen Gründe als Bundestagsdrucksache veröffentlicht. In die Bundestagsdrucksache ist auf Verlangen eine Erklärung des betroffenen Mitgliedes des Bundestages in angemessenem Umfang aufzunehmen.

Anlage 3

Absprache im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zur Durchführung der Richtlinien gemäß § 44c des Abgeordnetengesetzes (AbgG), für die 18. Wahlperiode in der 2. Sitzung des Ausschusses am 2. Januar 2014 übernommen

1. Einzelfallüberprüfung

Die Einzelfallüberprüfung übernehmen Berichterstattergruppen.

Die Berichterstattergruppen bestehen jeweils aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter sowie je einem Mitglied der Fraktionen und Gruppen.

Es werden vier Berichterstattergruppen gebildet. Die Zuweisung der Überprüfungsvorgänge an die einzelnen Gruppen nimmt der Ausschussvorsitzende vor.

Jedes Mitglied des Ausschusses kann sich an der Akteneinsicht beim Bundesbeauftragten beteiligen.

Den Bericht der Berichterstattergruppe und den Entwurf des Entscheidungsvorschlages für den Einzelfall an den Ausschuss legt der Vorsitzende vor.

Die Feststellung des Ausschusses wird vom Vorsitzenden ausgefertigt.

2. Anhörung des Betroffenen

Termin und Ort bestimmt der Vorsitzende, er gibt dies in einer Ausschusssitzung bekannt.

Die Anhörung wird von der Berichterstattergruppe durchgeführt; jedes Ausschussmitglied kann teilnehmen.

Die Einladung erfolgt schriftlich mit dem Hinweis, dass das betroffene Mitglied des Bundestages vorher Einsicht in die Akten des Ausschusses nehmen kann.

Das betroffene Mitglied des Bundestages kann nach Ende der Anhörung dem Ausschuss eine schriftliche Stellungnahme zuleiten. Ob und inwieweit diese

Stellungnahme für die Antragstellung gemäß Ziffer 5 der Richtlinien bewertet wird, muss zum Zeitpunkt der Abfassung der Beschlussempfehlung entschieden werden.

3. Überprüfung von Amts wegen

Die Überprüfung von Mitgliedern des Bundestages gem. § 44c Absatz 2 AbgG kann

von jedem Ausschussmitglied beantragt werden.

Dem Antrag sind Belegmaterialien beizufügen.

Der Vorsitzende unterrichtet den Ausschuss über Anregungen anderer Mitglieder des Bundestages.

4. Aktenaufbewahrung und Akteneinsicht

Die Originale bleiben im Sekretariat. Sie können dort von jedem Ausschussmitglied eingesehen werden.

Für das Prüfungsverfahren werden grundsätzlich nur zwei Kopien gezogen, die ebenfalls im Sekretariat verbleiben. Der Ausschuss kann beschließen, den Berichterstattern für ihre Arbeit außerhalb der Sekretariatsräume jeweils eine weitere Kopie zur Verfügung zu stellen.

Einsicht in die Akten des Ausschusses wird dem betroffenen Mitglied des Bundestages nur in den Räumen des Ausschusses gewährt. Bei der Einsichtnahme müssen der Vorsitzende oder von ihm beauftragte Mitglieder des Ausschusses oder des Sekretariats anwesend sein. Anonymisierte Kopien werden dem betroffenen Mitglied des Bundestages auf Verlangen ausgehändigt. Aufzeichnungen kann sich das betroffene Mitglied des Bundestages anfertigen.

5. Öffentlichkeit

Die Mitglieder des Ausschusses sind zur Verschwiegenheit über schutzwürdige persönliche Daten überprüfter Abgeordneter verpflichtet.

Presseerklärungen über die inhaltliche Bewertung von Einzelfällen werden nicht abgegeben.

Hörfunk- und Fernsehaufzeichnungen im Sitzungssaal während der Sitzungen und Gespräche sind unzulässig.

6. Feststellungskriterien

Feststellungskriterien für den Ausschuss sind:

- A. hauptamtliche Tätigkeit für das MfS/AfNS (vgl. § 6 Absatz 4 Nummer 1 StUG);
- B. inoffizielle Tätigkeit für das MfS/AfNS (vgl. § 6 Absatz 4 Nummer 2 StUG); von dieser kann in der Regel insbesondere dann ausgegangen werden,
 - I. wenn eine unterzeichnete Verpflichtungserklärung vorliegt, es sei denn, es liegt Geringfügigkeit („Bagatellfall“) nach § 19 Absatz 8 Nummer 2 StUG vor oder ein tatsächliches Tätigwerden kann wegen fehlender Unterlagen nicht festgestellt werden,
 - II. wenn nachweislich Berichte oder Angaben über Personen außerhalb offizieller Kontakte geliefert wurden,
 - III. wenn ein Tätigwerden für das MfS/AfNS auf sonstige Weise zweifelsfrei belegt wird; Indizien hierfür sind beispielsweise
 - a) die nachgewiesene Entgegennahme von Zuwendungen, Vergünstigungen, Auszeichnungen oder Vergleichbarem,
 - b) eine nachgewiesene Eintragung in den Karteien, insbesondere
 - falls unterschiedliche Registriernachweise miteinander korrelieren,
 - korrelierende Registriernachweise auf eine längere Zeit der inoffiziellen Zusammenarbeit hindeuten,
 - oder während der Dauer der Erfassung die Führungsoffiziere wechselten;
 - IV. von dieser Indizwirkung kann in der Regel dagegen nicht ausgegangen werden, wenn Hinweise darauf bestehen, dass Unterlagen zu Lasten Betroffener manipuliert worden sind;
- C. politische Verantwortung für das MfS/AfNS oder seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.
- D. Sind durch eine Tätigkeit oder politische Verantwortung für das MfS/AfNS Einzelpersonen nachweislich weder mittelbar noch unmittelbar belastet oder benachteiligt worden, ist dies in die Feststellungen aufzunehmen.

Anlage 4**Mitglieder des Deutschen Bundestages, die ein Überprüfungsverfahren nach § 44c Absatz 1
des Abgeordnetengesetzes beantragt haben**

Die Liste führt alle Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, die einer Veröffentlichung ihrer Namen zugestimmt haben und die zum Stichtag 12. Januar 1990 das 18. Lebensjahr vollendet hatten (§§ 20, 21 Stasi-Unterlagen-Gesetz).

Andreae, Kerstin	Freese, Ulrich
Arndt-Brauer, Ingrid	Gabriel, Sigmar
Arnold, Rainer	Gambke, Dr. Thomas
Baehrens, Heike	Gastel, Matthias
Bahr, Ulrike	Gleicke, Iris
Barchmann, Heinz-Joachim	Glöckner, Angelika
Barley, Dr. Katarina	Göring-Eckardt, Katrin
Barnett, Doris	Gottschalck, Ulrike
Bartke, Dr. Matthias	Griese, Kerstin
Baumann, Günter	Groß, Michael
Beck (Bremen), Marieluise	Hajduk, Anja
Beck (Köln), Volker	Hartmann (Wackernheim), Michael
Beckmeyer, Uwe	Hasselfeldt, Gerda
Bergner, Dr. Christoph	Haßelmann, Britta
Binding (Heidelberg), Lothar	Heidenblut, Dirk
Binninger, Clemens	Heinrich, Gabriela
Blienert, Burkhard	Hellmuth, Jörg
Brähmig, Klaus	Hiller-Ohm, Gabriele
Brase, Willi	Höhn, Bärbel
Brehmer, Heike	Hofreiter, Dr. Anton
Brunner, Dr. Karl-Heinz	Jörrißen, Sylvia
Burkert, Martin	Junge, Frank
Crone, Petra	Juratovic, Josip
Daldrup, Bernhard	Jurk, Thomas
de Ridder, Dr. Daniela	Kahrs, Johannes
de Vries, Kees	Kapschack, Ralf
Drobinski-Weiß, Elvira	Kaczmarek, Oliver
Ebner, Harald	Kaczmarek, Gabriele
Ehrmann, Siegmund	Kaufmann, Dr. Stefan
Engelmeier, Michaela	Kelber, Ulrich
Esken, Saskia	Keul, Katja
Fabritius, Dr. Bernd	Kiesewetter, Roderich
Felgentreu, Dr. Fritz	Klein-Schmeink, Maria
Ferner, Elke	Koenigs, Tom
Fograscher, Gabriele	Kömpel, Birgit

Kofler, Dr. Bärbel	Rimkus, Andreas
Koschyk, Hartmut	Rode-Bosse, Petra
Kotting-Uhl, Sylvia	Röspel, René
Kovac, Kordula	Rößner, Tabea
Krischer, Oliver	Rossmann, Dr. Ernst Dieter
Künast, Renate	Roth (Augsburg), Claudia
Lambrecht, Christine	Roth (Heringen), Michael
Landgraf, Katharina	Rupprecht, Albert
Lange (Backnang), Christian	Schäfer (Bochum), Axel
Lazar, Monika	Scharfenberg, Elisabeth
Lemme, Steffen-Claudio	Schauws, Ulle
Lischka, Burkhard	Scheer, Dr. Nina
Lotze, Hiltrud	Schiefner, Udo
Lühmann, Kirsten	Schlegel, Dr. Dorothee
Malecha-Nissen, Dr. Birgit	Schmidt, Dr. Frithjof
Marks, Caren	Schmidt (Aachen), Ulla
Meiwald, Peter	Schmidt (Berlin), Matthias
Michalk, Maria	Scho-Antwerpes, Elfi
Mindrup, Klaus	Schulte, Ursula
Mittag, Susanne	Schulz (Spandau), Swen
Müller, Bettina	Schulz-Asche, Kordula
Müller (Braunschweig), Carsten	Schulze, Dr. Klaus-Peter
Müller (Chemnitz), Detlef	Schwarzelühr-Sutter, Rita
Müller-Gemmeke, Beate	Singhammer, Johannes
Mutlu, Özcan	Spiering, Rainer
Nietan, Dietmar	Stamm-Fibich, Martina
von Notz, Dr. Konstantin	Stauche, Carola
Özdemir, Cem	Steffen, Sonja
Özoğuz, Aydan	Stier, Dieter
Oppermann, Thomas	Strässer, Christoph
Paschke, Markus	Stübgen, Michael
Paus, Lisa	Terpe, Dr. Harald
Petry, Christian	Thews, Michael
Pilger, Detlev	Thissen, Dr. Karin
Poschmann, Sabine	Tillmann, Antje
Poß, Joachim	Trittin, Jürgen
Post (Minden), Achim	Vöpel, Dirk
Raatz, Dr. Simone	Wagner, Doris
Rabanus, Martin	Walter-Rosenheimer, Beate
Rawert, Mechthild	Weber, Gabi
Rebmann, Stefan	Weiß (Emmendingen), Peter
Reichenbach, Gerold	Weiss (Wesel I), Sabine

Wellmann, Karl-Georg

Westphal, Bernd

Wicklein, Andrea

Wilms, Dr. Valerie

Ziegler, Dagmar

Zierke, Stefan

Zypries, Brigitte

